Allgemeiner Anzeiger

Nachrichten für das märkische Sauerland

Gegründet 1901

Bezugsgebühren:
3.10 DM einschließlich Zustellgebühren
Postbezug: 2.70 DM zuzgl. Zustellgebühren
Bestellungen
bei der Geschäftsstelle und den Boten

Anzeigenpreise:
Grundpreis . . . . . 0.15 DM
Amtl. Bekanntmachungen . . 0.10 DM
Stellengesuche . . . . . 0.10 DM
— Anzeigenpreisliste Nr. 2 —

Nr. 192 | Halver, Mittwoch, den 15. August | 1951

Aufsehen in Bonn

Heuß - Schumacher unter vier Augen

Dreistündige hochpolitische Unterredung — SPD warnt vor Adenauers Außenpolitik

wl. Bonn, 14. August

Hinter verschlossenen Türen fand am Dienstagnachmittag eine dreistündige Unterredung unter vier Augen zwischen Bundespräsident Heuß und dem Oppositionsführer Dr. Schumacher statt. Ueber die Unterredung wird von amtlicher Seite strengstes Stillschweigen bewahrt. Auch das darüber veröffentlichte Kommuniqué war absolut nichtssagend.

Obwohl man zunächst versuchte, das Gespräch als reine Routinebesprechung auszugeben, die „lediglich einem allgemeinen politischen Ueberblick gegolten" habe, ergab sich jedoch bald, daß es hochpolitischen Charakter hatte. Dr. Schumacher legte, wie wir erfahren, dem Bundespräsidenten seine lebhaften Besorgnisse über die Politik Dr. Adenauers dar, die — wie er sagte — besonders in wirtschaftlicher Beziehung zu katastrophalen Folgen führen müsse. Auch außenpolitisch lasse eine Fortsetzung des gegenwärtigen Kurses schwerwiegende Folgen befürchten.

Nach der Auffassung des Oppositionsführers hat die Politik Dr. Adenauers totalen Schiffbruch erlitten, da die Alliierten, wie die Entscheidungen in der Kohlenfrage und bei den Besatzungskosten bewiesen, Vorleistungen verlangten, vor denen auf das dringendste zu warnen sei. Es trifft jedoch nach unseren Informationen nicht zu, daß auch die Neuregelung des Verhältnisses zwischen SPD und FDP erörtert worden ist, wie überhaupt bei der Unterhaltung die sich abzeichnende Koalitionskrise nicht gestreift wurde.

Das Gespräch, über das sich beide Beteiligten mit keiner Silbe äußerten, wird in Bonner politischen Kreisen als eines der wichtigsten in den letzten Wochen bezeichnet.

in Bonn geprüft. Das Kabinett wird sich in seiner nächsten Sitzung mit der Frage befassen, ob Südbaden überhaupt das Recht hat, sich über ein Bundesgesetz hinwegzusetzen oder seine Durchführung innerhalb seines Gebietes zu verhindern.

Das Bundesjustizministerium steht auf dem Standpunkt, daß ein Abseitsbleiben Südbadens ein Bruch des Grundgesetzes sei, denn die Volksabstimmung sei im Artikel 118 zwingend vorgeschrieben, so daß der Bund nach Artikel 37 die Durchführung auch erzwingen könne. Trotzdem soll, wie wir hören, noch versucht werden, den Konflikt auf gütlichem Wege beizulegen.

Argentinien beendet Kriegszustand

dpa. Buenos Aires, 15. August

Die argentinische Regierung leitete dem Parlament eine Gesetzesvorlage zu, durch die der Kriegszustand mit Deutschland beendet werden sollte. Argentinien hatte Deutschland am 28. März 1945 den Krieg erklärt.

Im Rechts-Labyrinth

Man hat es nie so recht glauben wollen in der westlichen Welt — und auch sogar zum Teil in Deutschland nicht — wenn auf die ungeheuren Folgen hingewiesen wurde, die Nürnberg, Werl, Dachau und Landsberg, kurzum die gründliche Untergrabung aller Rechtsbegriffe durch die Kriegsverbrecherprozesse, einst haben würden. Zur Zeit machen sich nur erst die ersten Folgen bemerkbar, aber selbst diese kleinen Vorboten genügen schon, manchen bisher Gleichgültigen ahnen zu lassen, in welchen Irrgarten die Selbstgerechtigkeit der Sieger nicht nur die Besiegten, sondern nun in zunehmendem Maße auch sie selbst geführt hat.

Nach dem Fall Kemritz, der beileibe noch nicht ausgestanden ist, haben wir nun den Fall Keppelen. Auch hier wieder eine sehr merkwürdige und vom amerikanischen Standpunkt aus gefährliche Argumentation: Keppelen darf nach amerikanischer Auffassung nicht von einem deutschen Gericht bestraft werden, weil er zur Zeit, als er im amerikanischen Gefangenenlager Marseille die Schindereien an seinen Kameraden beging, allein der Gerichtsbarkeit der ihn gefangenhaltenden amerikanischen Division unterstand. Ihr Divisionsgericht bestehe nicht mehr, und andere Gerichte seien nicht zuständig.

Nun, für diese amerikanische Argumentation ließe sich formaljuristisch einiges sagen. Was folgt aber daraus, wenn wir sie gelten lassen? Welcher Gerichtsbarkeit unterstanden die Tausende von Deutschen, die seit 1945 als Kriegsverbrecher verurteilt wurden? Allesamt standen sie einzig und allein unter deutscher Gerichtsbarkeit, als sie die ihnen zur Last gelegten Taten begingen, soweit sie sie tatsächlich begangen haben. „Andere Gerichte sind nicht zuständig", sagen die Amerikaner im Fall Keppelen, und sie entziehen damit der ganzen Kriegsverbrecher-Gerichtsbarkeit in Nürnberg, Dachau und anderswo die Grundlage. Wenn Keppelen nicht vor ein deutsches Gericht darf, dann durften alle Kriegsverbrecher auch nicht vor alliierte Gerichte. Man hat sie dennoch abgeurteilt und zum Teil hingerichtet. Wenn irgendetwas, so hat die Begründung der Ablehnung, Keppelen vor ein deutsches Gericht zu stellen, während man im umgekehrten Falle sehr wohl Dinge ahndete, die nicht unter der eigenen Gerichtsbarkeit begangen wurden, wieder einmal mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß die Sieger Macht und Recht gleichsetzen. C. C.

Interzonen-Abkommen noch in dieser Woche?

Handelsgespräche in Berlin verlaufen günstig — Ostzonale Stellen sehr entgegenkommend

wl. Bonn, 14. August

Die Interzonen-Handelsgespräche, die am Dienstag in Berlin unter Führung des westdeutschen Bevollmächtigten Dr. Kaumann und des ostzonalen Beauftragten Orlopp fortgesetzt wurden, nehmen weiterhin einen guten Verlauf. Die entgegenkommende Haltung der ostzonalen Stellen läßt es nicht ausgeschlossen erscheinen, daß das Abkommen noch in dieser Woche unterzeichnet werden kann.

Vieles spricht dafür, daß die ostzonalen Stellen von sowjetischer Seite zu weiterem Entgegenkommen angehalten werden, damit die Gefahr einer Handelsblockade vermieden wird. Es ist damit zu rechnen, daß die Beschränkungen des Warenverkehrs zwischen der Bundesrepublik und Westberlin fortfallen, nachdem die Sowjetbehörden auf die besonderen Ursprungszeugnisse für Westberliner Waren verzichtet haben.

Von alliierter Seite in Bonn wurde am Dienstag erneut erklärt, daß die Wiederaufnahme des Interzonenhandels keinesfalls zu einer Erhöhung des Kriegspotentials der Sowjetunion oder ihrer Satellitenstaaten führen dürfe. Die Bundesregierung werde hierfür die volle Verantwortung übernehmen.

Streikgefahr gebannt

dmt. Stuttgart, 14. August

Der am Montag von den Stuttgarter Brauereiarbeitern angedrohte Streik scheint durch einen Vermittlungsvorschlag des württemberg-badischen Arbeitsministers Stetter vermieden zu werden. Der Spitzenlohn soll danach vom 1. August an von 1,72 auf 1,80 DM je Stunde erhöht werden. Brauereien und Gewerkschaft haben dem Vorschlag zugestimmt

Bonn will Wohleb besänftigen

wl. Bonn, 14. August

Die Note Südbadens, in der erklärt wird, daß Südbaden sich nicht an der Abstimmung über den Südweststaat beteiligen werde, wird zur Zeit

Mitte November sind Besatzungskosten erschöpft

Schäffer will 31,1 Prozent der Einkommens- und Körperschaftssteuer von den Ländern

wl. Bonn, 14. August

Bundesfinanzminister Schäffer, der am Montagabend von seinem Besuch in die Schweiz zurückgekehrt ist, hatte eine erste informatorische Aussprache mit dem Vorsitzenden des Finanzausschusses des Bundesrates, dem nordrhein-westfälischen Finanzminister Dr. Weitz. Man bringt dieses Gespräch mit den Bestrebungen Schäffers in Zusammenhang, die nächsten kritischen vier Monate — die infolge der alliierten Forderungen für Besatzungskosten zu einer Kassenkrise führen können — mit Hilfe der Länder zu überbrücken.

Vor allem handelt es sich dabei um die alte Forderung, dem Bund 31,1 Prozent der Einkommen- und Körperschaftssteuer abzutreten. In Bonn hofft man indessen noch immer, die Alliierten zu einem Einlenken bewegen zu können, wenn erst die Verhandlungen unmittelbar zwischen dem Bundeskanzler und den Hohen Kommissaren bzw. den alliierten Regierungen geführt werden, statt — wie bisher — mit den Finanzberatern. Allgemein erwartet man die Kassenkrise beim Bund für Mitte bis Ende November, da zu diesem Zeitpunkt die im ordentlichen Bundeshaushalt eingesetzten Besatzungskosten aufgebraucht sein werden.

Indien schließt Sonderfrieden mit Japan

und kommt nicht nach San Franzisko — Auch Indochina-Staaten wollen unterzeichnen

dmt. Washington, 14. August

Die indische Regierung hat sich neuerdings entschlossen, nicht an der Friedenskonferenz von San Franzisko teilzunehmen, sondern zieht es vor, zu gegebener Zeit — wahrscheinlich noch in diesem Jahr — einen Sonderfrieden mit Japan abzuschließen.

Die indische Opposition gegen den britisch-amerikanischen Vertragsentwurf richtet sich vor allem gegen das Verbleiben amerikanischer Streitkräfte in Japan, beziehungsweise die Verankerung dieses Rechts im Friedensvertrag. Ferner wünscht Indien, daß der Vertrag ausdrücklich die Rückgabe der Insel Formosa an China festlegen soll und daß die Gruppen der Riu-Kiu-Inseln und der Bonien-Inseln bei Japan bleiben. (Die Riu-Kiu-Inseln ziehen sich als Sperrkette von der Südspitze der japanischen Hauptinseln bis nach Formosa, von ihnen wurde das heißumkämpfte Okinawa im letzten Kriege bekannt. Die Bonien-Inseln liegen nordostwärts der strategisch wichtigen Marianen-Gruppe, also zwischen dieser Gruppe und den japanischen Südinseln. Beide sind von größter strategischer Bedeutung.)

Nach der Entscheidung Indiens wird es nunmehr einfacher sein, die französischen Marionetten-Staaten von Indochina an der Friedenskonferenz teilnehmen zu lassen. Die Regierungen der Teilstaaten Laos, Kambodcha und Vietnam haben bereits gegenüber dem französischen Hohen Kommissar diese Wünsche zum Ausdruck gebracht Offenbar um dieser Forderung Nachdruck zu verleihen, lancierte das französische Außenministerium die Nachricht, Außenminister Schuman würde nicht nach San Franzisko fahren, wenn die drei indochinesichen Staaten — gegen deren Teilnahme vor allem Indien und andere asiatische Staaten Widerspruch erhoben — nicht zugelassen würden.

Japan-Frieden: Mittwoch 23 Uhr

dmt. Washington, 14. August

Einer Mitteilung des amerikanischen Außenministeriums zufolge wird der Inhalt des neuen — dritten — Vertragsentwurfes für den Frieden mit Japan am Mittwochabend, 23 Uhr MEZ. in London und Washington veröffentlicht werden. Bereits vorher wird der Entwurf an die diplomatischen Vertretungen der interessierten Regierungen und an die amerikanischen Diplomaten im Ausland übermittelt werden. Mit besonderer Spannung erwartet man in politischen Kreisen Londons, wie der neue Entwurf die Frage der japanischen Reparationen behandelt.

Schönschreiben mit Rechtsdrall

Christine Teusch ist weiblichen Geschlechts, also etwas biologisch Natürliches. Christine Teusch war Volksschullehrerin, also etwas Unentbehrliches, wenn nicht gar Wichtiges. Christine Teusch ist aber auf der Flucht vor beiden Eigenschaften auf dem Posten des Kultusministers von Nordrhein-Westfalen angelangt.

Kultusminister sind Minister, von denen man eigentlich nie zutreffend sagen kann, wozu sie da sind. Nicht nur, wenn es sich dabei um Frauen handelt. Rust zum Beispiel war alles andere als eine Leuchte. Das geht schon daraus hervor, daß er so ziemlich der einzige Naziminister bleiben wird, über den keine Kammerdiener-Artikelserien erscheinen. Christine Teusch bemüht sich schon bei Lebzeiten, in die Kulturhistorie einzugehen.

Sie legte dem weltberühmten Nietzsche-Deuter Prof. Bertram sein Handwerk, bloß weil Hitler ein Nietzsche-Verehrer war. Bertram, nicht mal „in der Partei" gewesen, darf nur noch dann schriftstellerisch tätig sein, wenn er Frau Teusch seine Manuskripte zur Zensur vorlegt. In den Kompetenzbereich der Kabinettsdame gehört als weitere Koryphäe der Kölner Professor Niessen, der um ein Jahresscherflein von 2000 DM bat, um sein verfaulendes Theatermuseum aus 500 Kisten retten und der Oeffentlichkeit wieder zugänglich machen zu können. Er erhielt nicht mal eine Antwort. Nicht zu vergessen Prof. Elly Ney, die im September in der Stadt ihrer Ehrenbürgerrechte, Bonn, nicht etwa deswegen wieder auftreten „darf", weil sich Frau Teusch, sondern weil sich die Presse der berühmten Künstlerin annahm.

Frau Christine tat aber noch ein übriges: Sie studierte von ministerieller Warte die Kalligraphie der Schulentlassenen, war empört und feuerte einen Runderlaß an sämtliche Schulbehörden heraus, der scharfe Kritik an der „steifen, unklaren, unleserlichen" Handschrift der Kinder übt und bei Verlust ihrer Gnade von den Pädagogen fordert, eine „klare, flüssige, zuchtvolle und leicht nach rechts geneigte" Schreibweise durchzusetzen. Solches sei hiermit erwähnt, um endlich die Frage zu klären, weshalb es Kultusminister geben muß. In Sachen Teusch: Um Professoren von Weltrang das Forschen nicht leicht zu machen, dafür aber den teen-agers eine zuchtvolle Handschrift mit Rechtsdrall beizubringen.

H. K. (undo)

Auf beiden Seiten starre Haltung

25. Sitzung in Kaesong — Erbitterte Kämpfe an der Front

dmt. Tokio, 15. August

Nach fast zweistündiger Dauer wurde am Mittwoch die 25. Sitzung der Waffenstillstandskommission beendet. Die nächste Sitzung soll am Donnerstag stattfinden. Der kommunistische Delegations-Chef, General Nam Il, bezeichnete nach einer Meldung des Pekinger Senders die Forderung des UNO-Oberkommandos, die entmilitarisierte Zone entlang der jetzigen Front zu errichten, als phantastisch. Der tote Punkt könne nur dann überwunden werden, wenn die UNO-Delegation von diesem Standpunkt abginge.

Das UNO-Oberkommando besteht aber nachdrücklich darauf, daß die künftige entmilitarisierte Zone ungefähr dem jetzigen Frontverlauf entspricht. Ein Waffenstillstand würde die UNO-Streitkräfte zwingen, die wesentlichen Vorteile ihrer Luftüberlegenheit und die Möglichkeit, nordkoreanische Ziele jederzeit von See her anzugreifen, aufzugeben und dem Gegner dadurch Bewegungsfreiheit und unbeschränkte Möglichkeiten zur Steigerung seiner Schlagkraft zurückzugeben. Bei dieser Sachlage müßte das UNO-Oberkommando dafür Sorge tragen, daß seine Stellungen angemessen sind, um diese Vorteile auszugleichen. Die Vorschläge der UNO-Delegation entsprächen der militärischen Gesamtlage, dennoch sei sie bereit, Abänderungsvorschläge der Kommunisten in Erwägung zu ziehen.

An der Front gab es erbitterte Kämpfe. Südwestlich von Kansong schlugen UNO-Truppen Angriffe zurück und gingen zu Gegenangriffen über. Auch an der Mittelfront gab es stärkere Kämpfe, während im Westen nur Spähtrupptätigkeit zu verzeichnen ist.

Eisenhower inspiziert Truppen

dmt. Mannheim, 14. August

General Eisenhower setzte am Dienstag seine Inspektionsfahrt zu amerikanischen Truppen im Bundesgebiet fort. In einem Durchgangslager nördlich von Mannheim besichtigte er Truppen, die soeben aus den USA nach Europa gekommen waren. Sein besonderes Interesse galt einem Kommando mittelschwerer Panzer, einer motorisierten Infanteriekompanie und einer Batterie Sturmgeschützen.

General Eisenhower wurde von dem amerikanischen Oberbefehlshaber in Europa, General Handy, und vielen hohen Offizieren begleitet. Am Mainufer bei Großauheim wurde dem General von amerikanischen Pionieren eine Panzerfähre aus Schlauchbooten vorgeführt.

Zum Abschluß seiner Inspektionsfahrt besichtigte General Eisenhower am Dienstagnachmittag ein Transportgeschwader auf dem Rhein-Main-Flughafen in Frankfurt.

Die Seite der Heimat

Halver, den 15. August 1951

Bienchen summ herum

Die Bienen gehören zum reifenden Sommer wie die gaukelnden und taumelnden Schmetterlinge, nur daß sie nicht so „leichtsinnig" wie diese sind, sondern fleißig und unermüdlich den Blütenstaub zusammentragen, aus dem wir dann später den köstlichen Honig gewinnen. Ja, das Bienenvolk, das uns Waldemar Bonsels in seiner Geschichte von der „Biene Maja" so anschaulich schildert, ist wahrhaft „bienenfleißig" und lohnt die Pflege und Fürsorge, die ihm der rechtschaffene Imker das ganze Jahr über angedeihen läßt. Wer kennt nicht die zahllosen Geschichten vom Dorfschullehrer und vom Pfarrer im sommerlich blühenden Bauerngarten vor den Bienenkästen, die mit ihren „Völkern" oft auf besserem Fuße leben als mit den Menschen. Sie sind ihnen ein guter Vater, der für seine Mühe und Sorge von einem Volke durchschnittlich jährlich fünfzehn bis achtzehn Pfund Honig erntet.

Die Arbeit der Bienen einmal in Zahlen ausgedrückt, läßt uns ob ihres sprichwörtlichen Fleißes staunen. Eine einzige Biene befliegt rund viertausend Blüten am Tage. Da ein Volk etwa zehntausend Flugbienen zählt, kommt man auf die kaum vorstellbare Zahl von vierzig Millionen Blüten, die täglich angeflogen werden. Wollte eine Biene ganz allein ein Pfund Honig sammeln, müßte sie eine Flugstrecke zurücklegen, die dreimal rund um die Erde reichte. Wie nötig ist daher die Erhaltung der blühenden Pflanzen und Pflänzchen, vom Weidenkätzchen bis zur unscheinbaren Wiesenblume, die alle Flugziel sind.

Man sollte einmal daran denken, wenn man allzu achtlos seinen Sonntagsstrauß pflückt. Auch hier ist rechtes Maß nur von Vorteil für die Gemeinschaft.

Herold.

Halver

Keine Privatrennbahn

Seitdem den jugendlichen Rennfahrern die Benutzung der Bürgersteige nach Möglichkeit verleidet wurde, suchen sie andere Mittel und Wege, um möglichst ausgefallene Rennen durchführen zu können. Es wird immer wieder Klage darüber geführt, daß sie die Wege in den Anlagen um die Wippermann'sche Fabrik zum Schauplatz ihrer unerwünschten Tätigkeit machen. Gewiß, man kann dort wunderschön an der einen Seite runter und mit Schwung zur anderen Seite wieder herauf. Nicht erwünscht und sogar verboten bleibt's nach wie vor.

Tierquälerei wird gesühnt

Hier wurde vom Tierschutzverein ein Mann angezeigt, der seine Tiere in einem Zustand belassen hatte, der wirklich erbarmenswert war. Hoffentlich findet er die Strafe, die jeder Tierhalter und -liebhaber für angemessen hält.

Sie ist wieder beleuchtet

Jetzt hat man sich der Kreuzung Thomas-Frankfurter Straße angenommen und der Kreuzung die Beleuchtung zukommen lassen, die ihr nach ihrer Bedeutung auch zusteht.

Das Runde Eck ist an der Reihe

Jetzt ist man auch dabei, die Fassade des Runden Ecks, das zu den markanten Gebäuden an den nach ihm benannten Straßenstern zählt, einer Erneuerung zu unterziehen. Die Gerüste stehen bereits und so wird denn wohl auch dieser Punkt innerhalb der Mitte unseres Ortes bald in neuem Glanze erstrahlen.

Wer wandert mit dem SGV?

Nach den letzten regenreichen Wochen hat die Halversche SGV-Abteilung für den kommenden Samstag eine Abendwanderung über Winkhof, Schmidtsiepen, Berge nach Ahelle vorgesehen. Alle Jung- und Alt-SGVer sind zu dieser Wanderung recht herzlich eingeladen. Näheres am Freitag im Anzeigenteil.

29 Mädchen fuhren zur See

Am gestrigen Dienstag fuhren 29 Halversche Jungschar-Mädchen unter Führung von Schwester Hildegard nach Neuwerk zur See. In froher Stimmung und schwer bepackt bestiegen alle Teilnehmer den letzten Zug und werden heute morgen an ihrem Bestimmungsort ankommen. Wir wünschen allen Teilnehmern ein paar frohe erholungsreiche Tage an der See und vor allen Dingen schönes Wetter.

Ehre dem Alter

Am morgigen Donnerstag, dem 16. August, kann die Witwe Schulze-Kump, Pauline geb. vom Brocke, von-Vincke-Straße, ihr 81. Lebensjahr vollenden. — Am gleichen Tage zählt Frau Otto Müller, Agnes geb. Heine, Marktstraße 2, 73 Lenze. Die Heimatzeitung entbietet ihre herzlichsten Glückwünsche!

Spendensammlungen nehmen überhand

Nach Feststellung des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT) machen es sich Vereine, öffentliche Dienststellen und sogar Stadtgemeinden immer mehr zur Gewohnheit, die Wirtschaft um Warenspenden zur Verlosung bei Feiern und Festen anzugehen.

Die Veranstalter wenden sich dabei nicht nur an ortsansässige Firmen, wie es bei Kinderfesten und Jubiläen weithin und seit langem maßvoller Brauch ist, sondern versenden ihre Sammelschreiben auch an fremde Unternehmen im ganzen Bundesgebiet, die unter Hinweis auf die Werbewirkung gebeten werden, Radioapparate, Küchenherde und andere wertvolle Preise aus ihrer Produktion zu stiften. Dem DIHT ist ferner mitgeteilt worden, daß öffentliche Dienststellen für Betriebsfeiern Sammlungen veranstalten und dabei vorzugsweise sich an solche Firmen wenden, die dienstlich mit ihnen zu tun haben und auf ein gutes Einvernehmen Wert legen müssen.

Wie die aus der Wirtschaft kommenden Klagen beweisen, werden Sammlungen dieser Art, die weder förderungswürdigen Zwecken dienen, noch notleidenden Menschen zugute kommen, als ein höchst unerwünschter Mißbrauch der freiheitlichen Ordnung empfunden, die zur Zeit im Sammlungswesen herrscht.

Oberbrügge / Ehringhausen

Hohes Alter

Seinen 72. Geburtstag kann am morgigen Donnerstag, dem 16. August, Herr Wilh. Nüsken, Ehringhausen, bei bestem Wohlbefinden begehen. - Einen Tag später kann auf dem Berge ebenfalls bei bester körperlicher und geistiger Regsamkeit der Bauer Ernst Niggeloh seinen 81. Geburtstag begehen. Beiden Geburtstagskindern entbietet auch die Heimatzeitung für die Zukunft alles Gute.

Schalksmühle

Auszahlungen der IG Metall verschoben

Die alle zwei Wochen in Schalksmühle im Lokal Kriegeskorte stattfindende Auszahlung der Kranken-Unterstützung seitens der Industriegewerkschaft Metall wird in dieser Woche verschoben, so daß die nächsten Auszahlungen am Mittwoch, dem 22. August 1951, 5. September und weiter alle zwei Wochen stattfinden.

Breckerfeld

Das Akkordeon kam ihm teuer zu stehen

Eine Kraftfahrerin aus Dortmund vermißte, als sie zu ihrem in Breckerfeld abgestellten Wagen zurückkehrte, ein Akkordeon einer bekannten Marke, welches einen Wert von 4—500 DM hat. Die Polizei nahm sich sofort der Sache an und konnte den Dieb nach kurzer Ermittlungszeit feststellen und festnehmen.

Aus dem südwestfälischen Raum

Die wirtschaftliche Lage gibt zu großen Bedenken Anlaß

Alle verfügbaren Vorräte bereits eingesetzt – Kohlebevorratung der Kleinbetriebe unmöglich – Exporthemmende Faktoren

Die Lage der südwestfälischen Wirtschaft im Gebiet der Handelskammer Hagen ist im Verlauf des Jahres bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt gekennzeichnet durch einen sehr hohen Beschäftigungsstand. Am 30. Juni wurden bei 284 063 Beschäftigten 5197 Arbeitslose gezählt. Der Bezirk des Arbeitsamtes Lüdenscheid z. B. steht an 2. Stelle im Hinblick auf die günstige Arbeitsmarktlage von ganz Nordrhein-Westfalen. Die Arbeitslosenzahl — gemessen an der Zahl der Beschäftigten — beträgt hier nur 1,5 Prozent. Trotz dieser günstigen Verhältnisse dürfen aber deutlich werdende Krisenzeichen nicht übersehen werden.

Seit etwa einem Jahr ist das Bild der südwestfälischen Wirtschaft beherrscht durch die Materialknappheit. Die Besorgnis um die Aufrechterhaltung der Betriebe ist ständig gewachsen. Zwar sind die immer wieder angekündigten Betriebsstillegungen noch nicht in wesentlichem Umfange eingetreten, doch kann hieraus nicht der Schluß gezogen werden, daß die Wirtschaft in dieser Lage endlos durchhalten kann. Es steht fest, daß sämtliche nur verfügbaren Vorräte eingesetzt sind. Nur hieraus ist die gehaltene Umsatzhöhe und die sogar bei einigen Betrieben festzustellende Produktionssteigerung zu erklären. Der Verbrauch der letzten Reserven kann, wenn die Engpässe anhalten, sehr schnell die Situation ändern und zu Kurzarbeit und Entlassungen führen. Dieses materialmäßige Ausbluten der Betriebe birgt aber noch weitere Gefahrenquellen in sich. Dringend notwendige stille Reserven, die ein unentbehrliches Polster für Krisenzeiten darstellen, werden aufgelöst und bei der heutigen Höhe der Steuern größtenteils vom Fiskus aufgesogen. Das hohe Steueraufkommen aus dem wirtschaftlichen Sektor wird ganz beträchtlich aus diesem Sektor gespeist.

Eine andere große Sorge verursacht die Kohlenbeschaffung. Die Erfahrungen des letzten Winters haben dazu geführt, daß die Industrie in verstärktem Maße bemüht ist, die Bevorratung an Brennstoffen für den nächsten Winter frühzeitig vorzunehmen. Dadurch entsteht auf dem Kohlenmarkt, der ohnehin eine zu knappe Decke aufweist, eine Klemme, die sich auf die Beschaffung des laufenden Produktionsbedarfes nachteilig auswirkt. Die Höhe der Zuteilungen für die Kleinbetriebe ist so minimal, daß von einem reibungslosen Ablauf der Produktion, ganz zu schweigen von einer Bevorratung für den kommenden Winter, nicht gesprochen werden kann. Vereinzelt kam es sogar aus Kohlenmangel zu vorübergehenden Betriebsstillegungen. Und das in unmittelbarer Reviernähe!

Die Wirtschaft des gesamten Kammerbezirkes Hagen ist von jeher sehr exportintensiv gewesen. Leider hat sich im 2. Quartal die aufsteigende Exportentwicklung nicht fortgesetzt. Auf vielen Gebieten ist sogar eine rückläufige Tendenz zu verzeichnen. Die Gründe für diese rückläufige Umsatzentwicklung sind teilweise in Rohstoffmangel zu suchen, teilweise in Absatzhemmungen auf verschiedenen Märkten in Uebersee und Europa auf Grund einer Warenübersättigung, die zu einer Zurückhaltung bei weiteren Einkäufen geführt hat. Ein wesentlicher Exporthemmender Faktor ist auch das weiter gestiegende innere Preisniveau, womit ein großer Teil unserer Fertigwaren über die Weltmarktpreise steigt und uns wettbewerbsunfähig zu machen droht.

Zusammenfassend kann wohl gesagt werden: die wirtschaftliche Lage im südwestfälischen Raum ist gegenwärtig zufriedenstellend, gibt aber für die nächste Zukunft zu großen Bedenken Anlaß,

—m

Unsoziale Wohnungswirtschaft

Gefahr für die Gesellschaftsordnung

Die unmittelbaren Folgen der Wohnungszwangswirtschaft, nämlich Wohnungsmangel, Wohnungsverfall, sowie Begünstigung der Altmieter auf Kosten der Hauseigentümer und der immer zahlreicher werdenden Neu- und Sollmieter sind in allen Ländern offensichtlich, deren Wohnungswesen der zwangswirtschaftlichen Erstarrung und Unordnung anheimgefallen ist.

Weniger geläufig, aber noch wichtiger sind die mittelbaren Folgen. Sie sind sogar für die allgemein wirtschaftliche und insbesondere die gesellschaftliche Entwicklung so wesentlich, daß der international hoch angesehene und auch von der westdeutschen Bundesregierung als Gutachter herangezogene Genfer Gelehrte Prof. Dr. Röpke sich nicht scheute, auf der Kundgebung des Zentralverbandes der Haus- und Grundbesitzer in Hannover, also eines wirtschaftspolitischen Verbandes, nachdrücklich darauf hinzuweisen und die Beseitigung des Grundübels zu fordern. Die Wohnungszwangswirtschaft — „diese im Boden der Marktwirtschaft steckengebliebene Mine des Kollektivismus" — bewirkt, wie Röpke darlegt, daß die Bevölkerung als Ganzes mehr verbraucht und weniger investiert, als es Gesamtwirtschaft und namentlich Wohnungsmarkt erfordern, daß die Investitionstätigkeit falsch gesteuert wird (Eisdielen u. ä. statt Wohnungen), daß durch die Lenkung einer Milliardenkaufkraft in den Massenverbrauch statt in den Sparfonds der Kapitalmarkt, der Arbeitsmarkt und die Zahlungsbilanz sehr gestört werden, schließlich, daß ein ganzes Volk „über seine Verhältnisse lebt". Das hartnäckige Festhalten an der Wohnungszwangswirtschaft beweise aber nicht nur das heute mögliche Maß wirtschaftlicher Unvernunft, sondern auch den Grad, in dem die Gesellschaft als Ganzes erkrankt ist. Hier komme zum Ausdruck, „wie sehr der elementare Rechtssinn abgestumpft und der Sinn für das Eigentum als Eckpfeiler einer gesunden Gesellschaftsordnung und Garant ehter Freiheit abhanden gekommen ist".

Der Kampf um Leben oder Untergang der für die Gesellschaft sehr bedeutsamen Schicht der Hauseigner ist nach Röpkes treffender Feststellung ein möglicherweise entscheidender Ausschnitt aus dem gewaltigen und furchtbaren Prozeß des gesamten Westens, dem Prozeß der Vermassung und Proletarisierung unserer Gesellschaft, die sich damit stetig dem Zustand nähert, in dem der Staat und die Masse alles, der einzelne und seine Lebenskreise nichts sind.

J. D.

Keine Güterannahme mehr für die KAE!

Es ist zunächst eine vorläufige Maßnahme und gilt ab heute — Grund die Brückenverhältnisse

Bereits am vergangenen Samstag hatten wir unsere Leser hinsichtlich der Gesichtspunkte unterrichtet, die bei den Verkehrsfachleuten zur Frage der KAE-Strecke Halver—Schalksmühle vorherrschen. Wir hatten den Widerstreit Rechenstift—Romantik geschildert.

Nun erfahren wir, daß von der Kreis Altenaer Eisenbahn über die Strecke Halver—Schalksmühle eine vorläufige Verkehrssperre verfügt worden ist, die ab heute gilt und den gesamten Güterverkehr einschl. Expreßgut und Gepäck umfaßt.

Als Grund hierfür werden uns von der KAE die schlechten Brückenverhältnisse bei Schalksmühle angegeben. Betroffen sind im einzelnen die KAE-Bahnhöfe Halver, Carthausen und Schalksmühle. Ausweichbahnhöfe sind die entsprechenden Bahnhöfe der Bundesbahn.

Hoffen wir, daß es sich nur um eine vorübergehende Maßnahme handelt, die bald einer allen Teilen gerecht werdenden Lösung Platz macht!

Der Fremdenverkehr in Halver und Schalksmühle

Im ersten Halbjahr 1951 waren in Halver 1819, in Schalksmühle 540 Fremde gemeldet
Die Gesamtzahl der Uebernachtungen betrug 6269

Unsere engste Heimat, insbesondere Halver selbst und Schalksmühle, zählt mit ihren vielen Naturschönheiten und behaglichen Gaststätten und Unterkunftsmöglichkeiten zu den immer bekannter werdenden Fremdenverkehrsgebieten. Wer einmal bei uns weilte, wird — dies hören wir immer wieder — stets gern an die hier verbrachten Tage zurückdenken und ist des Lobes voll über das Erlebte und Geschaute.

Ein wertvolles Hilfsmittel zur Förderung dieses Fremdenverkehrs ist die eindringliche Werbung, welche die Verkehrsvereine immer reger durchführen. Ueber die diesjährigen Maßnahmen des Halverschen Verkehrsvereins, die insbesondere in der Diapositivwerbung in einer Reihe von repräsentativen Großstadt-Lichtspielhäusern bestanden, haben wir unsere Leser bereits zu Beginn der diesjährigen Reisesaison unterrichtet.

Leider war das Wetter in diesem Jahre dem Fremdenverkehr sehr wenig zuträglich. Aber es sind doch im ersten Halbjahr 1951 insgesamt 2359 Fremdenmeldungen in Halver und Schalksmühle zu verzeichnen gewesen. Die Zahl der Uebernachtungen stieg von Monat zu Monat an.

In Halver waren im Januar 1951 243 Fremde mit 573 Uebernachtungen zu verzeichnen, im Februar 239 bzw. 619, im März 279 bzw. 669, im April 290 bzw. 822, im Mai 401 bzw. 886 und der Monat Juni brachte den bisherigen Höchststand mit zwar nur 376 Fremden, aber 1375 Uebernachtungen.

In ähnlicher Weise, wenn auch nicht ganz so stetig, verläuft die Kurve der Fremdenverkehrsstatistik in Schalksmühle. Dort hielten sich im Januar 1951 71 Fremde auf, die 159 Uebernachtungen in Anspruch nahmen, im Februar waren es 64 bzw. 125, im März 86 bzw. 223, im April 116 bzw. 335, im Mai 93 bzw. 197 und im Juni 110 bzw. 286. Hier hat der Monat April die bisher höchste Uebernachtungszahl gebracht.

Dies ist das Bild der Fremdenverkehrsstatistik für Halver und Schalksmühle in den ersten sechs Monaten des Jahres 1951. Hoffen wir nun, daß bald eine Besserung der Wetterlage mit dazu beiträgt, diese Zahlen weiter zu erhöhen. Denn es ist schon so: Halver und Schalksmühle vermögen ihren Gästen in jeder Beziehung viel Schönes zu bieten!

Dr. W

Lüdenscheider Nachrichten

Trotz der Ungunst der Witterung während der Schwimm- und Springmeisterschaften 1951 war der Besuch im Freibad Nattenberg an den beiden Haupttagen über Erwarten gut. Am Samstagmorgen zählte man rund 7000 Besucher. Die Zahl stieg am Nachmittag auf 11 000 und erreichte am Abend bei der volkstümlichen Veranstaltung die Rekordziffer von rund 15 000. Am Sonntagmorgen waren es rund 8000 und zum Endspurt am Nachmittag rund 10 000 Besucher.

*

Der bekannte Rundfunksprecher Maibohm lobte einem Kollegen gegenüber, daß er in Lüdenscheid erstmalig erlebte, daß man ihm während der Ansage eines neuen Kampfes die Ergebnisse des vorhergegangenen in die Hand gedrückt habe. Das sei nur bei einer bis ins kleinste funktionierenden Organisation möglich.

Bild der Heimat



Blick über die Bergrücken im Gebiet der neuen Genkelsperre bei Meinerzhagen. (Foto: Breitbach)

Erhöhung der Versicherungs-Pflichtgrenze

Die Stellungnahme des Verbandes der Angestellten-Krankenkassen

Hamburg. Nachdem der Ausschuß der Vereinigung der Verbände der Ortskrankenkassen im Gegensatz zu der bisherigen Stellungnahme dieser Vereinigung die Erhöhung der Versicherungs-Pflichtgrenze auf 600 DM monatlich gefordert hat, ist anzunehmen, daß der Sozialpolitische Ausschuß des Bundestages die Beratungen um die Neufestsetzung der Versicherungsgrenze sofort nach Beendigung der Parlamentsferien wieder aufnehmen wird. Der Antrag der SPD, der die Debatte um die Versicherungs-Pflichtgrenze ausgelöst hat, hat die drohende Erinnerung an jene ununterbrochene Reihe von Erhöhungen der Grenze in den Inflationsjahren heraufbeschworen. Aerzteschaft und private Krankenversicherungen wehren sich gegen eine weitere Verringerung der Zahl der Privatpatienten. Andererseits ist aber nicht zu übersehen, daß durch die letzten Anpassungen der Gehälter an die gestiegenen Preise viele Angestellte aus der Versicherungspflicht herausgefallen sind, deren Arbeitsentgelt sich erhöht hat. Die Kaufkraft hingegen hat sich gar nicht gesteigert.

Durch die Gehaltsangleichung ist das Netto-Einkommen vieler Angestellter sogar gesunken; denn dadurch, daß ihre Gehälter nun die Versicherungs-Pflichtgrenze überschritten, verloren sie den Anteil auf den Arbeitgeber-Anteil zum Krankenversicherungs-Beitrag; zudem rückten sie häufig auch noch in eine höhere Steuerstufe hinauf. Daß diese Angestellten des Schutzes der gesetzlichen Krankenkassen nicht minder bedürfen als ihre Kollegen, deren Gehalt sie nur um ein geringes überschreiten, ist wohl selbstverständlich. Sie sind in der Regel auch nicht zu einer privaten Krankenkasse übergetreten, sondern blieben meist bei ihrer bisherigen Krankenkasse weiterversichert. Insofern würden auch der Aerzteschaft nur wenige Privatpatienten verlorengehen, wenn man diese Angestellten durch eine Erhöhung der Versicherungs-Pflichtgrenze wieder in die Versicherungspflicht einbezöge. Die weitaus größte Zahl der durch die Gehaltsentwicklung aus der Versicherungspflicht ausgeschiedenen Angestellten ist als „Weiterversicherter" in der gesetzlichen Krankenversicherung nach wie vor gegen Vorlage eines Krankenscheines als Kassenpatient behandlungsberechtigt, sofern das Monatseinkommen 600 DM nicht übersteigt.

Wir vermuten, daß bei den kommenden Verhandlungen im Bundestag eine Kompromißlösung zwischen der heute bestehenden Grenze von 375 DM und der Forderung, sie auf 600 DM hinaufzusetzen, gefunden werden wird.

Zehn „Volksbefrager" freigesprochen

Siegen. 10 Kommunisten aus dem Kreis Siegen, die eine „Volksbefragung gegen Remilitarisierung" veranstaltet hatten, wurden vom Amtsgericht in Burbach (Kreis Siegen) freigesprochen. In der Begründung heißt es, das Problem der unbeschränkten freien Meinungsäußerung sei in juristischen Kreisen noch völlig unklar. Man könne aber von dem einfachen Angeklagten nicht mehr verlangen, als von ausgebildeten Juristen. Das Gericht sei der Ansicht, daß nicht der Bundestag, sondern nur das Bundes-Verfassungsgericht in der grundlegenden Frage der freien Meinungsäußerung entscheiden könne.

Neuer britischer Botschafter in Moskau

dpa. London, 14. August

Das britische Außenministerium teilte am Dienstag mit, daß Sir Douglas Frederick Gascoigne als Nachfolger von Sir David Kelly zum neuen Botschafter Großbritanniens in Moskau ernannt worden ist. Kelly tritt in den Ruhestand.

Der neue britische Botschafter in der Hauptstadt der Sowjetunion ist 58 Jahre alt. Bis vor kurzem war er der politische Vertreter Großbritanniens in Tokio.

Hearst 88jährig gestorben

dpa. Beverly Hills (Kalifornien), 14. August

Der amerikanische Verleger Hearst ist 88jährig in seiner Wohnung in Beverly Hills (Kalifornien) gestorben. Er war seit mehreren Jahren krank. Seine fünf Söhne und die beiden Leiter der „Hearst-Corporation" verbrachten die letzten 24 Stunden am Sterbebett des Zeitungskönigs.

Erdbeben in der Türkei

32 Tote und 100 zerstörte Häuser

dpa. Ankara, 15. August

Ein Erdbeben, das am Montagabend die türkische Provinz Anatolien heimsuchte, hat mindestens 32 Personen das Leben gekostet. Im Gebiet von Cankiri, etwa 80 Kilometer von Ankara, wurden hundert Häuser zerstört.

Erhöhung der Unfallrenten

dmt. Bonn, 14. August

Nach einem im Bundesarbeitsministerium fertiggestellten Gesetzentwurf sollen die Unfallrenten rückwirkend vom 1. Juni durchschnittlich um 25 Prozent erhöht werden.

Mit dem Entwurf, der sofort nach den Parlamentsferien dem Bundestag vorgelegt werden soll, haben sich die Berufsgenossenschaften als Träger der Unfallrentenversicherung einverstanden erklärt. Die Zustimmung des Kabinetts ist ebenfalls sicher.

Die japanische Generalstaatsanwaltschaft verbot am Dienstag zwanzig kommunistische Zeitungen. Im ganzen Land wurden zahlreiche kommunistische Blätter und Flugschriften beschlagnahmt. Man befürchtet kommunistische Propagandaaktionen aus Anlaß des bevorstehenden Jahrestages der Kapitulation Japans.

Die Verkehrslage in der deutschen Rheinschiffahrt hat sich im Juli weiter gebessert. Die Zahl der in Duisburg-Ruhrort und Köln-Wesseling auf Beschäftigung wartenden Kähne und Boote ging im Tagesdurchschnitt zurück.

Die Elektroindustrie wird auf der „Deutschen Industrie-Ausstellung Berlin" (6. bis 21. Oktober) etwa 35 Prozent der überdachten Ausstellungsfläche von 42 000 Quadratmetern in Anspruch nehmen.

Die Versorgungslage in Rohstoffen hat sich bei den Werken der Heiz- und Kochgeräte-Industrie erneut verschärft. Die Rohstoffschwierigkeiten haben bereits zu Betriebseinschränkungen und einer erheblichen rückläufigen Produktion eiserner Oefen geführt. Die Herbst- und Winterproduktion eiserner Oefen wird nicht ausreichen, um den diesjährigen Bedarf zu decken.

Das ungarische Außenministerium hat am Montag erneut bei der jugoslawischen Gesandtschaft in Budapest gegen „systematische Grenzverletzungen" protestiert.

Für die Internationale Messe in Utrecht vom 11. bis zum 20. September besteht im In- und Ausland großes Interesse. Auf einer Ausstellungsfläche von mehr als 50 000 Quadratmetern werden 20 europäische und überseeische Staaten ihre neuesten Exporterzeugnisse zeigen.

Die Kohlenlieferungen aus der Tschechoslowakei an die bayerische Industrie sind wieder eingestellt worden. Das in Prag abgeschlossene private Austauschabkommen, das die Lieferung tschechischer Braunkohle gegen deutschen Schrott vorsieht, wurde von der Bundesregierung nicht genehmigt.

Der Mann, der 110000 Bratwürste verzehrte

Ein merkwürdiger Rekord in Nürnberg — Nach wie vor großer Appetit

Nürnberg. Einen seltsamen Rekord kann ein Nürnberger Gastwirt begehen, der sich rühmt, in seinem Leben über 110 000 Bratwürste verzehrt zu haben. Zwar sind die Nürnberger Bratwürste sehr kleinen Formats, aber 110 000 Stück sind keine Kleinigkeit.

Herr Prottengeyer war zwanzig Jahre lang Oberkellner im „Bratwurstherzle" in Nürnberg, einem jener historischen Lokale, die wie das „Bratwurstglöckle" Weltruf hatten. In einer engen, dunklen Gasse beim Obstmarkt wurden hier ein halbes Dutzend winziger Bratwürste auf einem alten Zinnteller serviert. Dort bekam Prottengeyer am Morgen zwei, am Mittag vier und abends sechs Stück Bratwürste. Im Laufe von zwanzig Jahren macht das die niedliche Summe von 102 000 sachgemäß auf dem Rost mit Eichenholz gebratenen Würsten.

Nach den zwanzig Jahren als Oberkellner machte sich Prottengeyer selbständig. Er übernahm die „Sebaldusklause", und zwar von Deutschlands berühmtem Fußball-Torwart Heiner Stuhlfaut. Die „Sebaldusklause", das „Bratwurstglöckle" und das „Bratwurstherzle" wurden im Januar 1945 bei dem größten Nachtangriff der Engländer auf Nürnberg zusammen mit der Altstadt in Schutt und Asche gelegt.

Da Prottengeyer nach wie vor großen Appetit auf Bratwürste hat und erst in den Vierzigern steht, ist von ihm noch eine ansehnliche Steigerung seines Rekords zu erwarten.

Rekord-Zwetschgenernte in Baden

Bühler Obstbauern haben Absatzsorgen

Heidelberg. Die mittelbadische Stadt Bühl und ihre weitere Umgebung sind ein ausgesprochenes Obstparadies. Etwa 40 Gemeinden leben von der Frühzwetschge, die man in Norddeutschland Pflaume nennt. In diesem Jahr haben viele Obstbauern schwere Sorgen. Man erwartet eine Rekordernte und rechnet mit einem Anfall von 500 000 Zentnern. Eine derartige Fülle ist noch nie dagewesen, und die Absatzsorgen waren auch noch nie so groß.

Schon seit Ende Juli ist die Ernte im Gange, und in einem besonderen Obstexpreß, der mit 85 Kilometer Geschwindigkeit dahinrollt, werden die blauen Früchte nach Norddeutschland gebracht: in den Harz, nach Berlin, vor allem aber ins Rheinland, ins Ruhrgebiet, nach Hannover und bis nach Hamburg, wo der Zug, der am frühen Nachmittag die Reise beginnt, am anderen Morgen kurz nach 5 Uhr sein Ziel erreicht. Die Früchte sind dann noch so frisch, als wären sie soeben erst gepflückt worden.

100 000 Mark an Betrüger gezahlt

„Vertrauensmann einer ausländischen Finanzgruppe"

Gütersloh. Die Polizeibehörden fahnden z. Z. nach einem aus der Schweiz stammenden Großbetrüger, der innerhalb von zwei Jahren über eine Million ergaunern konnte. Bisher wurde lediglich der Fahrer des Betrügers festgenommen.

Der Betrüger gibt sich als Diplomkaufmann und Vertrauensmann einer ausländischen Finanzgruppe aus und verspricht Bankhäusern und Industriellen Darlehen in Höhe von mehreren Millionen Mark aus sogenannten Reichsmarksperrguthaben. Bei vielen Banken im Bundesgebiet hatte er in den Safes Pakete mit angeblich jeweils mehreren Millionen Mark hinterlegt. Bankquittungen über die Einlieferung der Pakete zeigte er vor. Wie sich später herausstellte, enthielten die Pakete Holzwolle, Steine und Sägemehl. Er erschwindelte große Summen an Vermittlungsgebühren. Allein ein Geschäftsmann im Kreis Wiedenbrück zahlte dem Betrüger für die Vermittlung eines Kredits 100 000 Mark in bar.

Also doch Elefantenzwillinge

München. Im Münchener Tierpark Hellabrunn war eine Elefantenkuh eingegangen. Bei der Sektion des Tieres stellte sich heraus, daß die Elefantenkuh, die vor zwei Wochen eine Frühgeburt hatte, ein zweites totes Kalb mit sich getragen hatte. Damit ist zum ersten Mal wissenschaftlich erwiesen, daß auch bei Elefanten Zwillingsgeburten möglich sind.

Freispruch im Arisierungs-Prozeß

„Sie waren sich der Rechtswidrigkeit nicht bewußt".

Würzburg. Der frühere Gauwirtschaftsberater von Main-Franken, Dr. Vogel, und der frühere Schweinfurter Kreiswirtschaftsberater Ullrich wurden vom Würzburger Landgericht von der Anklage der räuberischen Erpressung freigesprochen. Sie sollten in der nationalsozialistischen Zeit Arisierungen großen Stils veranlaßt und von Juden Gelder für einen persönlichen Fonds des Gauleiters erpreßt haben.

In der Urteilsbegründung stellte der Gerichtsvorsitzende fest, es liege kein Beweis dafür vor, daß die Angeklagten die Rechtswidrigkeit ihres Vorgehens hätten einsehen können. Voraussetzung einer Verurteilung sei aber das Bewußtsein des Unrechts.

Diakonissen auch ohne Tracht

New York. Das Kirchenamt für die Diakonissenarbeit in der Vereinigten Lutherischen Kirche der USA beschloß, ein neues Experiment zu machen, um mehr Nachwuchs für den Dienst der Diakonissen zu gewinnen. In dieser Kirche wird es in Zukkunft zwei Arten von Diakonissen geben: solche, die weiter Trachten tragen und in dem Gemeinschaftsleben und der Gemeinschaftsversorgung bleiben, und andere, die sich nach Belieben kleiden dürfen, festes Gehalt bekommen und selbst für ihren Lebensunterhalt aufkommen. Beide Arten erhalten dieselbe Ausbildung und sind in ihrer Laufbahn völlig gleichgestellt. Es ist für später in Aussicht genommen, daß die Diakonissen jederzeit von einer Gruppe zur anderen überwechseln können.

Die Holländer sind Spielratten

Amsterdam. Die Liebe zum Glücksspiel liegt den Holländern im Blut. Nach den jüngsten Erhebungen drehten sich im Juli in 180 Spielklubs die Rouletteräder. Sehr zum Leidwesen des Justizministers, der jetzt überall mit Ueberfallwagen und großen Mannschaftsaufgeboten Razzien durchführen ließ, bei denen Croupiers und Spieler verhaftet wurden. Daraufhin blieb es einige Tage lang mäuschenstill. Seitdem haben sich allein im Haag wieder vier geheime Spielklubs aufgetan.

Wetterbericht

Der Zustrom kühler Meeresluft kommt allmählich unter dem Einfluß eines vom Atlantik heranziehenden Hochs zur Ruhe. — Vorhersage für Mittwoch: wolkig, teils aufheiternd und im wesentlichen trocken, etwas wärmer. — Weitere Aussichten: trocken und weitere Erwärmung.

Finnen pflegen deutsche Soldatengräber

Von der Arbeit des Volksbundes in Finnland — Die Behörden und Kirchen helfen

Kassel. Für die Instandsetzung und Pflege der deutschen Soldatengräber in Finnland hat der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge seit kurzem einen ständigen Mitarbeiter gewonnen. Dieser berichtet von einer außerordentlich herzlichen Aufnahme an allen Stellen des Landes. Insbesondere hat die Evangelisch-lutherische Kirche von Finnland der deutschen Kriegsgräberfürsorge jede mögliche Hilfe zugesagt. Auch schon vorher haben sich die finnischen Kirchengemeinden der deutschen Gräber angenommen. Mit Hilfe behördlicher Unterlagen wird man nun daran gehen können, die 2000 namenlosen deutschen Feldgräber in Lappland auf einem Friedhof zusammenzulegen, wobei man wenigstens einen Teil der Namen der Gefallenen wiederzufinden hofft. An der Eismeerstraße konnte ein finnischer Beamter dem Gewährsmann des Volksbundes alle deutschen Soldatengräber seines Bezirks zeigen, die durch ihn vor Verlust geschützt sind.

Von dem Friedhof Kemi erhielt der Volksbund die Namenliste von etwa 300 Gefallenen, vom Friedhof Oulu eine Liste mit etwa 100 Namen. Auch von den Friedhöfen Tornio und Alatornio werden in Kürze ebenfalls Namenlisten zur Verfügung stehen. Die Friedhöfe Ivalo und Inari an der Eismeerstraße sind gut erhalten und werden ständig gepflegt, während der nördlichste Friedhof in Parkkina, ebenfalls an der Eismeerstraße, aber jetzt im sowjetischen Gebiet, wohl erhalten ist, aber nicht gepflegt wird. Bis zum Ende des Sommers werden die etwa 2000 Soldatengräber bei Rovaniema instand gesetzt. In gutem Zustand befinden sich die Soldatenfriedhöfe in Helsinki, Ekenäs-Tammisaari, Hangö und Kaamanen.

Keine privaten Verlage mehr

Berlin. Die allmähliche Beseitigung aller privaten Verlage kündigte der Vorsitzende der Staatlichen Kommission für Kunstangelegenheiten, Holtzhauer (SED), auf einer Mitarbeiterbesprechung an. Er betonte, die schriftstellerische Tätigkeit in der Ostzone dürfe sich in Zukunft nur noch in „fortschrittlicher Richtung" vollziehen. Bei der gleichen Gelegenheit drohte er den Schriftstellern, die staatliche Aufträge ablehnen, die Entziehung aller Privilegien und Unterstützungen an.

Tod bei der Bockjagd — wie Mord

Hamburg. Als der Landwirt Otto Meyer aus einem Hamburger Vorort eines Abends aus seinem Jagdrevier in Schleswig-Holstein nicht zurückkehrte und die Nachforschungen auch in den folgenden Tagen vergeblich blieben, schien dies ein Fall für die Mordkommission zu sein. Man spürte zunächst den Jagdhund des Vermißten auf, der unentwegt am Jagdstuhl seines Herrn Wache hielt. Unweit, an einer Böschung, lag die Leiche — mit Würgemalen am Hals. Man fand auch den Bock mit einem Schuß im Blatt. Im Gewehr, das dem Toten entglitten war, steckte noch eine Patrone; daneben lag das Jagdmesser. Es fehlten jedoch jegliche Spuren eines Kampfes mit Wilderern.

So kam man von der Annahme ab, daß es sich um einen Mord handeln könne. Die Polizei nimmt vielmehr an, daß der Sechsundsechzigjährige vor Aufregung über sein Jagdglück einen Gehirnschlag erlitt und dabei so unglücklich mit dem Gesicht auf die Böschung fiel, daß er in dem engen Kragen seines Jagdhemdes erstickte.

Constanze-Chefredakteur freigesprochen

Hamburg. Das Hamburger Amtsgericht sprach kürzlich den Chefredaktuer der „Constanze", Huffzky, von der Anklage der Beleidigung des Rechtsanwalts Dr. Drolshagen frei, der den Bischof von Münster in einem von der „Constanze" angestrengten Zivilprozeß vertritt und sich durch drei Leserzuschriften in der „Constanze" beleidigt gefühlt hatte, in denen die Tatsache glossiert wurde, daß er an einem Badebild mit einem nackten zweijährigen Kind Anstoß genommen hatte. Der Staatsanwalt beantragte selbst Freispruch, da die „Constanze" mit der Veröffentlichung der Leserzuschriften in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt habe.

Die „Constanze" hatte seinerzeit gegen den Bischof geklagt, weil dieser die Zeitschrift als „eine Blüte aus dem Sumpf fragwürdiger Magazine" bezeichnet hatte.

Hunde im Kino

Amsterdam. Das City-Lichtspieltheater hatte bisher an seinen Kassenschaltern Schilder mit der Anschrift: „Hunde dürfen ins Kino nicht mitgebracht werden". Da die Bürger von Amsterdam in ihrer Mehrzahl Hundeliebhaber sind, die auch während der Kinovorstellung ihren Liebling in der Nähe wissen möchten, hat die Kinoleitung jetzt eine Hundeaufbewahrungsanstalt in den Kellerräumen des Theaters eingerichtet, wo die Vierbeiner in Verschlägen untergebracht und von einer eigens angestellten „Tiergarderobiere" betreut werden. Die Schilder an den Kassenschaltern lauten nunmehr: „Hunde können mitgebracht werden". Diese Einrichtung hat den Besuch des Kinos um ein Vielfaches vergrößert.

Selbstmörder sorgte auf lange Sicht

Brüssel. Der Sohn eines vor 15 Jahren scheinbar völlig verarmt aus dem Leben geschiedenen Selbstmörders aus der Brüsseler Umgebung erhielt an seinem 21. Geburtstag von einem Freund seines Vaters einen versiegelten Brief, in dem er angewiesen wurde, im Keller an einer bestimmten Stelle eine Steinplatte zu entfernen. Der junge Mann mußte erst mehrere Zentner Kohlen beiseiteschaffen, um an die Platte zu gelangen. Unter ihr fand er eine Kiste mit Goldmünzen im Werte von einer Million belgische Franken (84 000 DM.)

Vierter Kindesmord in einem Monat

Bath. Ein neunjähriges Mädchen wurde als viertes Kind innerhalb der letzten vier Wochen in Südengland ermordet. Die Polizei hat einen 21jährigen Arbeiter aus Bath als den vermutlichen Täter festgenommen.

Wir haben uns heute vermählt:

ASSESSOR DR. JOSEF POHL
GERTRUD POHL geb. Craemer

KÖLN-LINDENTHAL, Kringsweg 16 — HALVER i. W., Bächterhof 23

15. August 1951

Bekanntmachung

Viehseuchenpolizeiliche Anordnung.

Im dem Stadtgebiet Plettenberg ist die Maul- und Klauenseuche amtstierärztlich festgestellt worden und zwar:

I. unter dem Rindviehbestand der Bauern August und Heinrich Bitter in Plettenberg-Böddinghausen und

II. unter dem Rindviehbestand des Landwirtes Kaspar Rosenberg in Plettenberg, auf dem Berge.

Mit Ermächtigung des Herrn Regierungspräsidenten wird auf Grund der §§ 18 ff. des Viehseuchengesetzes vom 26. 6. 1909 (RGBl. S. 519 ff.) angeordnet:

1. Die Höfe der Bauern August und Heinrich Bitter und des Landwirtes Kaspar Rosenberg werden hiermit als Seuchengehöfte erklärt.

2. Der Sperrbezirk umfaßt

I. die Ortschaft Plettenberg-Böddinghausen sowie die umliegende Feldmark und

II. die Ortschaft Plettenberg auf dem Berge und Landemert.

3. Eine Milchprobeentnahme ist bei den im Sperrbezirk wohnenden Landwirten nicht gestattet.

4. Für die Seuchengehöfte und den Sperrbezirk gelten die Bestimmungen der Viehseuchenpolizeilichen Anordnung des Herrn Regierungspräsidenten vom 1. 12. 1938 (Sonderbeilage zu Stück 50 des Reg.-Amtsblattes). Diese Bestimmungen hängen im Gitterkasten der Stadtverwaltung Plettenberg aus.

Zuwiderhandlungen gegen die Viehseuchenpolizeiliche Anordnung des Herrn Regierungspräsidenten vom 1. 12. 1938 und diese Viehseuchen-Anordnung werden auf Grund der §§ 74 — 76 des Viehseuchengesetzes vom 26. 6. 1909 bestraft.

Altena/Westf., 9. August 1951

Kreisverwaltung Altena
Der Oberkreisdirektor

Sie sparen viel Geld!
Kaufen Sie eine „Atlantik" Marken-Waschmaschine ab Fabrik ohne Zwischenhandel
Gratisprospekt - Teilzahlung
ERICH GRAUMANN Rummenohl 3 i.W.

Maschinen- und Handnäherinnen
für sofort gesucht.
Wilhelm Schroeder
Schirmfabrik, Halver
zu melden:
Hermann-Köhler-Str. 14a

Reisekosten-Rechnungen
in Blocks zur Ermittlung der Reisekosten für jeden Tag mit eingehenden Erläuterungen nach amtlichen Unterlagen, zusammengestellt nach der Verwaltungsordnung über die steuerliche Behandlung der Reisekosten vom 20. Dez. 1950
DM 1.45
Buchhandlung - Bürobedarf
Wilh. Bell jr. Halver